"PERMANENTE HOCHSCHULREFORM" - oder

EIN ERNEUTER

ANBIEDERUNGS-

VERSUCH DES

DIREKTORIUMS

"Die Hochschule braucht ein Gremium, das auch durch seine Zusammensetzung für die Behandlung grundlegender hochschulpolitischer Fragen optimal geeignet ist."

Dies erfuhren wir gestern aus einem in der Mensa verteilten Brief des Direktoriums an die Mitglieder des Großen Senats (GS).

So radikale Forderungen haben wir für die gegenwärtigen Satzungsänderungen nie gestellt, wir wollen nur einen GS, der für die Behandlung hochschulpolitischer Fragen überhaupt geeignet ist. Sollte der GS für diese Fragen nämlich optimal geeignet sein, so dürfte man überhaupt keinen Hochschullehrer hineinlassen; denn gerade diese Personengruppe hat in der Vergangenheit allzu deutlich gezeigt, daß sie nicht Willens und zu einem nicht unerheblichen Teil auch gar nicht in der Lage ist, grundlegende hochschulpolitische Fragen zu erkennen, geschweige denn zu artikulieren oder gar zu analysieren und daraus Folgerungen zu ziehen.

Wer nach so viel Verbalradikalismus des Direktoriums in den einleitenden Worten seines Briefes "neue Initiativen" erwartet, die

man sich auch unserer Ansicht nach nicht durch "gezielte Provokationen, durch Erklärungen und Aktionen" "sabotieren" lassen sollte, findet dann enttäuscht einen Aufguß des Direktoriumspapiers vom 20.1. 1969 (vergl. hierzu unsere "Materialien zu Sitzung des GS am 22.1. 1969"), der in noch ungeschickterer Weise als das erste Papier seine vorgegebenen Intentionen ad absurdum führt.

An der Zusammensetzung des GS ändert das Direktorium gegenüber seiner ersten Vorlage **n i c h t s**, d.h. den Hochschullehrern sollen mit 34,4 % als einziger Gruppe **m e h r** als ein Drittel aller Sitze zugestanden werden. Welche Konsequenzen das hat, werden wir weiter unten bei der Behandlung der Abstimmungsmodalitäten erkennen.

Der Versuch, zu begründen, warum das Direktorium stimmberechtigt in den GS integriert werden soll, ist so lächerlich, daß darauf einzugehen diese "Begründung" nur aufwerten könnte. Es sei hierzu nur am Rande vermerkt, daß das Direktorium das Gewicht seiner Argumente offenbar so gering einschätzt, daß es diesen Argumenten mit einem Anteil von 2,4 % der Stimmen des GS noch Nachdruck verleihen zu müssen glaubt.

Die Behauptung, das Direktorium würde nicht nur die Interessen der Hochschullehrer vertreten, versucht man uns dadurch plausibel zu machen, daß man den Mitgliedern des Direktoriums verwehren will, an der Wahl der Vertreter der Hochschullehrer im GS teilzunehmen. Da ein entsprechender "Allgemeinvertretungsanspruch" auch von den Dekanen und Institutsdirektoren erhoben wird, drängt sich die Frage auf, wer dann eigentlich noch die Vertreter der Hochschullehrer im GS wählen soll.

"Die Beschlußerfordernisse für den GS sind darauf abgestellt", daß dieses Gremium keine für die Hochschullehrer unangenehmen Beschlüsse fassen kann; denn:

Die bestehenden, durchaus sinnvollen Modalitäten zur Beschlußfassung des GS sollen nämlich so geändert werden, daß

- nur mit Zweidrittel Mehrheit der Anwesenden Beschlüsse über hochschulpolitische Fragen gefaßt werden können und nicht wie bisher mit einfacher Mehrheit; d.h., die einzige Gruppe, die diese Zweidrittel Mehrheit "aus eigener Kraft" verhindern kann (Sperminorität), ist die der Hochschullehrer;
- hochschulpolitische Fragen **n u n d s ä t z l i c h** in zwei Lesungen zu behandeln sind und nicht wie bisher in einer;
- die zweite Lesung solange hinausgeschoben werden kann - es ist nicht festgelegt, nach welcher Frist sie stattzufinden hat -, bis eine Stellungnahme von der politischen Entwicklung überholt ist und bei der zweiten Sitzung ein ggf. durch die Freignisse bedingter völlig neuer Beschluß wegen der erforderlichen zweiten Lesung nicht gefaßt werden kann;

- die Behandlung solcher Fragen nur auf Antrag des Senats oder eines Drittels der Mitglieder des GS möglich ist, d.h., weder Studenten, noch wissenschaftliche Mitarbeiter, noch nichtwissenschaftlich tätige Hochschulangehörige können eine hochschulpolitische Diskussion jeweils allein durchsetzen; dazu ist nur die Gruppe in der Lage, die - wie sich in der Vergangenheit gezeigt hat - an solchen Debatten und Beschlüssen am wenigsten interessiert ist, nämlich die Gruppe der Hochschullehrer;
- die Satzung nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder (nicht der Anwesenden) des GS geändert werden kann, d.h., nicht gegen den Willen der Hochschullehrer! Bisher konnte die Satzung von zwei Dritteln der Anwesenden, mindestens aber der Mehrheit der Mitglieder geändert werden - also bleibt auch hier alles beim alten, eine Satzungsänderung ist auch heute aufgrund der Stimmenverhältnisse im GS nicht gegen die Hochschullehrer möglich.

MAN SIEHT ALSO, DASS DIE VORGESEHENE ÄNDERUNG DER ZUSAMMENSETZUNG DES GS DURCH DIE GLEICHZEITIG VERSCHRIFTEN BESCHLUSSFASSUNGSMODALITÄTEN VÖLLIG NEUTRALISIERT WIRD.

Wäre dies nicht die Absicht der Verfasser des Papiers, so hätte Prorektor Schultz, der Vater der derzeit gültigen Satzung, schon bei deren Formulierung genau die Beschlußfassungsmodalitäten fordern und durchsetzen können, die er uns heute als Reform verkaufen will.

Satzungsänderungen sind nicht per definitione Reformen, sie können durchaus - wie gerade gezeigt - reaktionär sein und damit die bestehenden Herrschaftsverhältnisse an der Hochschule aufrecht erhalten, wenn nicht sogar zementieren.

REFORMIERT WERDEN SOLL, NUR ÄNDERN DARF SICH NICHTS
(Sontheimer)

Eine uns als Kompromiß von den Herren Bächer, Beck, Eyferth, Guther, Khell, Schmieden und Teschner angebotene Vorlage unterscheidet sich nur geringfügig, nämlich in der nunmehr drittelparitätischen Zusammensetzung des GS von der Vorlage des Direktoriums. Die Bestimmungen über Beschlußfassungen decken sich mit denen des Direktoriums.

Die leichte Verschiebung des Anteils der Hochschullehrer im GS zu deren Ungunsten ist bei der bestehenden Abhängigkeit der Assistenten insofern irrelevant, als nicht anzunehmen ist, daß diese sich geschlossen gegen die Verteidigung elementarer Ordinarieninteressen wenden werden - etwa wenn die Hochschullehrer als Block bestimmte Satzungsänderungen verhindern wollen.

Diese "Kompromißvorlage" ist also allenfalls im Hinblick auf die Zusammensetzung des GS diskutabel, insgesamt gesehen stellt sie jedoch keine inhaltliche Alternative zur Vorlage des

Direktoriums dar!

Es ist bemerkenswert, daß selbst solche Ordinarien dieses Papier unterzeichnet haben, die zweifellos die aufgezeigten Intensionen der Vorlage des Direktoriums durchschauen.

Indem sie jedoch diese Erkenntnis nicht in die Praxis umzusetzen versuchten, haben sie als Ordinarien konsequent gehandelt.

HEUTE

17.00 UHR

Sitzung des Großen Senats im großen Physikhörsaal; Änderung der Zusammensetzung des Großen Senats und der Fakultäten.